

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppön d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Wolfgang Roth MdB zur Ein-
stimmung auf die Haushalts-
debatte: „Hausmanns-Kost“.
Seite 1

Ruth Winkler zum 65. Ge-
burtstag von Peter von
Oertzen: Ein hartnäckiger de-
mokratischer Sozialist.
Seite 4

Inge Wettig-Danielmeier MdL
zum Tod von Marlies Kutsch:
Eine Ratgeberin und Mitstreit-
erin, die wir sehr vermissen
werden.
Seite 6

44. Jahrgang / 168

1. September 1989

„Hausmanns-Kost“

Zur Einstimmung auf die Haushaltsdebatte

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Bundestagswahl 1990 vor we-
nigen Tagen zu einer „Jahrhundertwahl“ hochstilisiert. Die Kontu-
ren seiner Politik insgesamt, die des Haushaltsentwurfes für 1990
und vor allem die Umriss der Wirtschaftspolitik dieser Regierung
für die absehbare Zukunft lassen nicht den Schluß zu, daß wir uns
auf eine „Jahrhundertwahl“ zubewegen. Was geboten wird, das
ist einerseits bestenfalls biedere „Hausmanns-Kost“; andererseits
veranstaltet die Regierung außerordentlich riskante ordnungspoli-
tische Manöver - wie die Daimler-/MBB-Fusion; und drittens
hat die Wirtschaftspolitik dieser Regierung die Einkommensver-
teilung zu Lasten der Lohn- und Gehaltsbezieher verschoben und
die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt.

Unter diesen Bedingungen mutet es schon wie ein kleines Wunder
an, daß unsere Konjunktur gegenwärtig so gut läuft wie sie läuft.
Vor allem seit dem vergangenen Jahr haben die Unternehmer
den Investitionsmotor angeworfen, obwohl sie vergebens Stetigkeit
und Verlässlichkeit über Jahre hinweg bei der Bundesregierung ein-
geklagt haben. Sehr viel schneller als Regierung und Koalition ha-
ben die Unternehmer nämlich begriffen, daß in wenigen Jahren
der europäische Binnenmarkt bevorsteht und die Karten für die
neunziger Jahre neu gemischt und verteilt werden. Diese Einsicht
hat ihre Investitionsbereitschaft beflügelt, aber keineswegs die
Regierungspolitik.

Daß der Regierungspolitik eine innere Logik innewohnt - bei aller
Widersprüchlichkeit -, will ich nicht einmal bestreiten. Die Bundes-
regierung fragt nicht nach Sinn und Konsequenzen wirtschaftli-
chen Wachstums; sie schaut wie gebannt auf Zuwachsraten und
verwechselt quantitative Steigerungen mit einer besseren Qualität
unseres Lebens. Und nichts deutet darauf hin, daß die Bundesre-
gierung gewillt ist, von dieser Ausrichtung ihrer Politik abzurück-
en: In Forschungsminister Riesenhubers Etat stecken keine Indi-
zien für ein Umdenken; in Verkehrsminister Zimmermanns Etat
schon gar nicht; in Wirtschaftsminister Haussmanns Mitteln für
1990 sucht man ebenso vergeblich nach einem Stück Umweltbe-
wußtsein.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebt: Örsanz
mit wertvollen Katalogen
Kryding-Paster



Nur noch mühsam kann die verteilungspolitische Schlagseite der Regierungspolitik im übrigen kaschieren, daß unter diesen Verhältnissen die Linien der Wirtschaftspolitik aus den Führungsetagen der Unternehmen von denen des Kabinetts Kohl immer weiter abweichen. Ein zunehmend größer werdender Teil der Unternehmer beginnt den Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen kritisch zu überdenken. Damit nicht genug, haben Unternehmer auch angefangen, die Hinterlassenschaften bisherigen Wachstums kritisch aufzuarbeiten.

Wir stehen ganz offenkundig am Anfang eines großen gesellschaftlichen Umdenkens über die Ziele wirtschaftlichen Wachstums und am Beginn einer neuen Rollenverteilung zwischen Arbeit, Kapital- und Umwelt. Und wir leisten uns eine Regierung, die nicht begreift, was in Gang gekommen ist. Daß in der Bundesregierung auch ein Umweltminister namens Töpfer sitzt, der als gelernter Ökonom versteht, was in Gang gekommen ist, widerlegt meine These nicht; es verschlimmert die Lage nur noch, denn über die Durchsetzungsfähigkeit des wertigen Umweltministers macht sich wohl niemand Illusionen.

Die ökologische Herausforderung wird von der Bundesregierung nicht angenommen. Das ist die eigentliche Botschaft, die von den Vorgaben der Regierung für den Haushalt 1990 ausgeht und die sich fortsetzt in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre nach der „Jahrhundertwahl“.

Die Sozialdemokraten andererseits haben sich aufgemacht, diese große Herausforderung anzunehmen. Wir haben unser Vorhaben unter das Arbeitsmotto gestellt: ökologischer Umbau unserer Volkswirtschaft.

Die Herausforderung der neunziger Jahre besteht darin, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gleichzeitig die ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft voranzutreiben, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und zu erhalten. Beides setzt eine hohe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft voraus. Dieses gilt es zu verbessern.

Wir sind der Überzeugung, daß unsere wirtschaftspolitischen Ziele nur mit einer großen, gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten bewältigt werden können:

- 0 Umweltverträgliche und Ressourcen schonende wirtschaftliche Entwicklung, vorangetrieben durch eine konsequente ökologische Erneuerung;
- 0 Vollbeschäftigung, gefördert durch eine freiere Gestaltung der Arbeit und der Arbeitszeit;
- 0 soziale Gerechtigkeit durch Teilhabe aller Bürger an der wirtschaftlichen Entwicklung;
- 0 die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Staates.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muß zu diesen Zwecken andere Prioritäten setzen. Sie muß alle politischen Handlungsmöglichkeiten nutzen, um die Leistungspotentiale der Volkswirtschaft für einen stärkeren Abbau der Arbeitslosigkeit zusammen mit der ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft zu erschließen. Ökonomische Effizienz ist die Voraussetzung für die Lösung der Zukunftsaufgaben.

Gleichzeitig muß Soziale Gerechtigkeit wieder Eckpfeiler unserer Wirtschaftsordnung werden. Sie ist selbst eine Produktivkraft und hat wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist die Grundlage für den Ausbau einer gerechten Gesellschaft. Der Staat muß durch die Bereitstellung öffentlicher Mittel für sozialpolitische Aufgaben die gerechte Verteilung der Lebenschancen und den sozialen Frieden und damit die gemeinsame Bewältigung der vor uns liegenden Probleme fördern.

Kernaufgabe der Wirtschaftspolitik ist in den kommenden Jahren nach meiner Auffassung, für eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, aber auch des Staates, zu sorgen. Ihre Aufgabe ist es, gesamtwirtschaftliche Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik mit dem gemeinsamen Ziel Vollbeschäftigung aufeinander abzustimmen und zusätzliche öffentliche und private Investitionen zu ermöglichen. Die Bewältigung der Umweltprobleme erfordert zuallererst mehr und bessere Investitionen in umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren. Ökologische Erneuerung erfordert daher eine qualitative Entwicklungsstrategie. Sie führt in neue Investitionsfelder, sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den Umweltmärkten der Zukunft und schafft zusätzliche Arbeit. All das suchen wir in den Vorgaben der Bundesregierung vergeblich.

Staat, Arbeitgeber, Gewerkschaften und Bundesbank tragen nach meiner Ansicht gemeinsam die Verantwortung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Eine Verstärkung der wirtschaftlichen Entwicklung allein beseitigt die Arbeitslosigkeit jedoch nicht. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die ökologische Erneuerung und die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft müssen daher durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik ebenso ergänzt werden wie durch die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Menschen.

Die Politik muß auf einigen zentralen Feldern aktiv werden:

1. Umweltschutz

Wir haben plausible Konzepte vorgelegt, wie wir der Gefahren für unsere Umwelt Herr werden, und wie wir gravierende Schädigungen wieder beseitigen können. Was liegt näher, als daß wir uns dabei derjenigen marktwirtschaftlichen Regeln bedienen, die wir kennen und zu bedienen gelernt haben. Wer künftig die Umwelt schützt, der soll belohnt werden. Wer sie schädigt, der soll die ganze Härte des Preisdrucks und auch die Wucht staatlicher Gebote wie Verbote spüren - sofern marktwirtschaftliche Regeln nicht greifen. Das ist der Kern unserer Umweltstrategie. Und weil wir die List des praktischen unternehmerischen Kalküls kennen, setzen wir darauf, daß Druck und Gewöhnung, Chancen wie Gewinnmöglichkeiten für umweltfreundliche Produkte wie Verfahren sorgen werden.

2. Beschäftigung

Wir wollen alle unsere Mittel einsetzen, um einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden. Was liegt da näher, als die Menschen zu qualifizieren, wo immer es geht und durch Investitionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir lassen uns dabei nicht einreden, alle bisherigen Programme und Ansätze seien Strohfleuer gewesen. Allerdings werden wir lernfähig immer wieder prüfen, was sich bewährt hat und was auszumustern ist, weil Mittelansatz und Ergebnis zu weit auseinanderklaffen. Es ist dringend erforderlich, Beschäftigungspolitik und Umweltschutz in der Zielrichtung zu bündeln. Unsere Vorschläge hierzu liegen auf dem Tisch und harren einer breiten, fundierten Debatte.

3. Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik der Bundesrepublik braucht dringend eine Erneuerung an Haupt und Gliedern. Die Reibungsverluste einer fehlgeleiteten Verkehrspolitik werden unbezahlbar; was die heutige Verkehrspolitik an Bruttoinvestitionen verschlingt, fehlt an anderer Stelle und blockiert zukunftsweisende, umweltgerechte und sozial akzeptable Lösungen.

4. Subventionen

Wir brauchen eine große Anstrengung, um die staatlichen Hilfen wie Zuwendungen einer Effektivitätskontrolle und einer kritischen Diskussion ihrer Angemessenheit zu unterziehen. Da in der Zukunft die verfügbaren staatlichen Mittel gewiß nicht steigen werden, müssen wir uns auf einen neuen Zuschnitt des großen Subventionskuchens rüsten.

5. Ordnungspolitik

Wir müssen wieder Ordnung in den Wettbewerb zwischen den Unternehmen bringen. Wer sich an die Regeln hält, wer sich müht und die sozialen Standards respektiert, der hat ein Anrecht auf den Schutz des Staates vor den Haien im Unternehmer-Teich. Wir versprechen keine heile Welt - aber die Sozialdemokraten sehen gute Chancen, im nationalen und europäischen Rahmen den Auswüchsen einer überschießenden Konzentrations- und Übernahmepolitik Paroli zu bieten. Wer hier resigniert, setzt langfristig die Gestaltungsmöglichkeiten des Staates und die soziale Marktwirtschaft aufs Spiel.

6. Gute Nachbarschaft

Wir dürfen uns nicht an den Gedanken gewöhnen, die Deutschen seien von Natur aus die Exportweltmeister auf dem Globus. Offenheit unserer Märkte und die Bereitschaft, unseren Reichtum zum Nutzen der Nachbarn einzusetzen, müssen einen hohen Stellenwert bekommen. Das gilt vor allem gegenüber den um neue Wege ringenden Völkern des Ostens, aber ebenso gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Wer heute still auf eine dumpfe wirtschaftspolitische Egozentrik baut, der gefährdet morgen die Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungsgewerbe.

Über alle diese Punkte werden wir mit der Koalition und der Regierung streiten. Wir treten nämlich aus guten Gründen für einen wirklichen Wettbewerb der Ideen und der Positionen ein. Denn wir sind überzeugt, daß sich die besseren, die realitätsbezogeneren wie die problemangepassten Vorstellungen durchsetzen werden. Die Haushaltsdebatte der kommenden Woche wird die Sozialdemokraten gut vorbereitet und im Sinne des politischen Wettbewerbs durchaus auch kampfeslustig ausweisen.

(-/1.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Ein hartnäckiger demokratischer Sozialist

Zum 65. Geburtstag von Peter von Oertzen

Von Ruth Winkler

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Peter von Oertzen gehört zu den farbigsten Gestalten der sozialdemokratischen Gegenwart. Zum festen Bestand jeder Oertzen-Würdigung gehört der Hinweis, daß er 1959 einer der wenigen Delegierten war, die gegen das neue Grundsatzprogramm der SPD stimmten. Es ließe sich leicht eine Linie bis zu seiner heutigen Rolle als Widerpart mancher SPD-Modernisierer ziehen. Freilich: seine Biographie ist komplizierter, seine Rolle vielschichtiger als es eine derartig einfache Betrachtungsweise nahelegt.

Peter von Oertzen war in den Jahren, die ich politisch bewußt überblicke, also seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre, immer wieder für Überraschungen gut. Innerhalb der SPD opponierte er gegen die Große Koalition, führte als einer der ersten Hochschullehrer an seinem Institut die Drittelparität ein, ließ sich als „Marxist“ innerhalb der SPD, als „Reformist“ von der Neuen Linken attackieren und gelegentlich beschimpfen. Mit Hilfe der Jusos löste er 1970 den konservativen Sozialdemokraten Egon Franke als Bezirksvorsitzenden in Hannover ab und führte diesen großen SPD-Bezirk auf einen behutsamen Mitte-Links-Kurs.

Über die SPD hinaus bekannt wurde er Anfang der 70er Jahre, als er zusammen, insbesondere mit seinen Ministerkollegen Ludwig von Friedeburg (Hessen) und Carl-Heinz Evers (Berlin) die sozialdemokratischen Globalziele „Mehr Demokratie wagen“ und „Chancengleichheit“ im Bereich der Bildungspolitik in praktische Politik umsetzte. Seine Neuordnung des niedersächsischen Schulwesens, die flächendeckende Orientierungsstufe, integrierte Gesamtschulen und Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer waren so verankert im Lande, daß ein Gutteil davon auch die späteren Gegenreformen überstanden hat.

Im übrigen sollten diese Leistungen auch das mitunter verbreitete Zerrbild der praxis-fremden linken Theoretiker ein Stück mit korrigieren können.

In den 70er Jahren griff Peter von Oertzen immer wieder in die linke Diskussion auch außerhalb der SPD ein. Er diskutierte offensiv auf den Sozialistischen Konferenzen, unterstützte öffentlich die „Waffen für El-Salvador-Sammlung“ der linken Tageszeitung, nahm Partei für den suspendierten Peter Brückner, der sich für die Meinungsfreiheit hart gesottener Autonome eingesetzt hatte. Auch

durch sein Engagement hielt Oertzen viele Linke meiner Generation in diesen Jahren in der SPD; zu der Linken außerhalb hielt er Kontakte, die für jene immer eine Portion Realitätsbezug bedeuteten. Auch durch ihn wurden Potentiale im rationalen Politik-Kurs stabilisiert, die für die politische Kultur dieser Republik wichtig sind.

Seinen auch in der nicht-sozialdemokratischen Linken (und innerhalb der Wissenschaft) anerkannten Ruf hatte Oertzen durch seine in den frühen 60er Jahren publizierten, später neu aufgelegten Arbeiten zur Räte-demokratie begründet. Oertzens „Thesen zur Strategie und Taktik des Demokratischen Sozialismus“ sowie seine entschiedenen und immer Realitäts-bezogenen Vorstellungen von einem zeitgemäßen „neuen Reformismus“ haben mehrere politische Generationen von Jusos und SPD-Linken mitgeprägt. Auch meine Sicht des Godesberger Weges sowie mein allerdings eklektizistischer Umgang mit Marx'schen Kategorien und Methoden sind von Peter von Oertzen geprägt.

Innerhalb der SPD hat Oertzen im Zweifel nicht die auseinandertreibende Polarisierung gesucht. Hans-Jochen Vogels Worte „Zusammenbringen, was zusammengebracht werden kann“ haben auch sein Handeln immer wieder bestimmt. Als Kommissionsvorsitzender erreichte er Anfang der 70er Jahre ein kompromißfähiges Langzeitprogramm der SPD (Orientierungsrahmen '85). Er sorgte dafür, daß auch linke Positionen, die er für abgrundtief falsch hielt (die der sogenannten Stamokaps) weiterhin in der SPD vertreten werden durften. Seine Einstufung - „mit dem Godesberger Programm vereinbar“ - konnte er damals gegen Hans-Jochen Vogel durchsetzen. In einer anderen Frage war er allerdings unerbittlich: Die spielerischen Äußerungen des damaligen Juso-Chefs zur SPD-Mitgliedschaft („kein Dogma“) sowie dessen Aufwertung der Klein-Partei DKP vertrugen sich nicht mit dem Organisations-Verständnis und dem Anti-Stalinismus von Oertzens'. Der Ausschluß Benneters fand auch die Zustimmung des Parteilinken Oertzen.

In der heutigen SPD gibt es andere Diskussionslinien: Das neue Grundsatzprogramm, das Fortschritt 90-Konzept, die Debatte über rot-grüne Perspektiven. Peter von Oertzen begleitet den Sprung der SPD-Enkel/innen in die Moderne kritisch. Markteuphorie ist nicht seine Sache, an die Stelle sozialer Abfederung will er offensive Gestaltung setzen. Er weiß, daß die Linke auf das Charisma Oskar Lafontaines angewiesen ist. Das sozialdemokratische Fortschrittsprojekt hat eine neue Chance. Die jüngere Generation der SPD weiß, daß die linken Inhalte Oertzens daran einen wichtigen Anteil haben. Auch diejenigen wissen es, die ihm in manchen Punkten nicht folgen können.

(-/1.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Eine Ratgeberin und Mitstreiterin, die wir sehr vermissen werden

Zum Tod von Marlies Kutsch

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Marlies Kutsch ist gestorben. Sie war uns Freundin, Genossin, Ratgeberin und bis zuletzt Mitstreiterin. 1968 bin ich ihr zum ersten Mal begegnet auf einer Frauenkonferenz der SPD in Saarbrücken. Sie hatte nicht nur Verständnis für die radikalen kritischen Forderungen der jungen Genossin nach einer anderen Gesellschaft und einer anderen SPD, sie teilte die Ziele und sie überlegte, wie solche Forderungen verbreitet und umgesetzt werden konnten. Nicht nur bei den Frauen der IG Bergbau und Energie wurde ich künftig zu Diskussionen um die Frauenfrage systematisch eingeladen. So förderte und ermutigte sie immer wieder Genossinnen und Kolleginnen in der Frage, die ihr in ihrer langen politischen Laufbahn am meisten am Herzen lag: der gesellschaftlichen Gleichheit der Frau. Ihr Feld war nicht das Podium, sie brillierte nicht auf öffentlicher Bühne, aber wer mit ihr am Tisch saß und Programme, Anträge, Initiativen diskutierte, der erkannte sehr schnell, daß sie wußte, was sie wollte, daß sie weder sich noch anderen etwas schenkte. Wenn sie Widerstände erkannte, suchte sie häufig den Umweg, aber sie verlor ihr Ziel nie aus den Augen. So hat sie ihre Arbeit als Leiterin der Abteilung Frauen in der Männergewerkschaft IG Bergbau und Energie verstanden und genutzt.

Im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft arbeitete sie unter anderem an den drei grundlegenden Richtlinien der Lohngleichheit (1975), der Gleichbehandlung in der Beschäftigung (1976) und der Gleichbehandlung in der sozialen Sicherheit (1978) mit. 1979 wurde sie die erste Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik, den das Kabinett Helmut Schmidt geschaffen hatte als Antwort auf die vehementen Forderungen der ASF nach einer Frauenbeauftragten im Kanzleramt. Dem Vorwurf einer FDP-Abgeordneten, sie sei eine Alibifrau des Bundeskanzlers, trat sie mit Nachdruck entgegen. Sie nutzte jede Chance, um ihre politischen Ziele umzusetzen, auch wenn die Kompetenzen und Bedingungen ihres Amtes nicht optimal waren. Sie kannte keine Staraffären. Auf der Weltfrauenkonferenz der UNO in Kopenhagen 1980 setzte sie sich für Frauenbeauftragte von der kommunalen bis zur nationalen Ebene ein. Die Bundesregierung unterzeichnete die entsprechenden Beschlüsse.

Nordrhein-Westfalen mit seinen inzwischen 150 Frauenbeauftragten zeigt, welche Strukturveränderungen allein durch die Arbeit dieser Frauenbeauftragten bewirkt worden sind und weiter bewirkt werden. Marlies Kutsch kam es immer darauf an, Pflöcke zu stecken, hinter die niemand zurückgehen konnte. Allerdings schon 1981 gab sie ihr Amt auf, offiziell aus Altersgründen, tatsächlich wohl auch, weil sie in der Anbindung des Arbeitsstabes an das Familienministerium zu wenig Umsetzungschancen für ihre Ziele sah.

Sie hatte in ihrer Arbeit immer die Unterstützung der Frauenorganisationen gesucht und sich in ihnen engagiert. Von 1983 bis 1988 trug sie im Vorstand des Deutschen Frauenrates mit dazu bei, daß sich der Frauenrat zum ersten Mal in seiner Geschichte dezidierte Gleichstellungsforderungen zu eigen machte und die alten konservativen Rollenvorstellungen aufgab.

Marlies Kutsch war viele Jahre Mitglied im Bundesausschuß der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Ihr umfassendes Wissen, ihr Augenmaß für das politisch Machbare haben den SPD-Frauen in vielen Auseinandersetzungen geholfen. Sie wollte die Gleichheit mit den Männern und nur zur Not gegen sie durchsetzen. Deshalb war für sie der Quotenbeschluß von Münster ein Beweis für ihren Weg und die Reformfähigkeit ihrer Partei. Was Marlies Kutsch aber vor allem auszeichnete, das war ihre Treue, ihre Loyalität selbst in der Kritik, ihre absolute Verlässlichkeit, ihre Liebe zur Idee und zu den Menschen, zu ihren Genossinnen.

(-1.9.1989/vo-he/rs)